FriedensBüro Salzburg

2020 SOMMER

KRANICH

Zeitung des Salzburger Friedensbüros

WENDEPUNKT KRISE?

INTERVIEW
„Die Krise einer Lebensform" S. 04

INTERSEKTIONALITÄT
Soziale Ungleichheit in der Krise S. 08

BILDUNG
Lernprozesse anregen und begleiten S. 10

COVID-19 HAT UNSER LEBEN schlagartig verändert: Große Teile der Wirtschaft und des öffentlichen Lebens wurden heruntergefahren. Die von der Politik umgesetzten Auflagen, um das Virus einzudämmen, wurden von der breiten Bevölkerung mitgetragen. Die Zahl der Arbeitslosen stieg in Österreich bis April 2020 auf über eine halbe Million. Das Home Office veränderte den Arbeitsalltag. Für viele reduzierte sich die Zeit der Erwerbsarbeit, die monatlichen Einkommen sanken. Andere mussten in der Krise mehr arbeiten und waren den Risiken einer Ansteckung verstärkt ausgesetzt. Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten wurden besonders deutlich. Was als Normalität galt, hat sich als fragiles Konstrukt erwiesen. Das verunsichert, sorgt für Ohnmachtsgefühle oder Angst. Doch darin steckt auch das Potential für Veränderungsprozesse: Was brauchen wir, um durch die globale Krise zu kommen? Wie bleiben wir handlungsfähig? Und welche Impulse leiten wir daraus für eine solidarische Zukunft ab? *Die Redaktion*

Lehrgang „Umgang mit Mobbing" 2021 | Seite 16

KRANICH

INHALT

02 **Kommentar**

03 **Kurz & Bündig**

04 **„Die Krise einer Lebensform“**

06 **Die „C-Frage“: Gewaltprävention und Konfliktmanagement in Zeiten von Covid-19**

08 **Soziale Ungleichheit in der Krise**

10 **Lernprozesse anregen und begleiten**

12 **Fake News in Zeiten von Covid-19**

14 **Veranstaltungen**

KONTAKTBOX

So können Sie uns erreichen:

Friedensbüro Salzburg
Franz-Josef-Str. 3, 5020 Salzburg
tel/fax: 0662/87 39 31
e-mail: office@friedensbuero.at
www.friedensbuero.at
Bankverbindung: Salzburger Sparkasse,
IBAN: AT102040400000017434
Öffnungszeiten:
Mo & Mi: 9–11 Uhr • Di & Do: 15–18 Uhr

IMPRESSUM

DER KRANICH
Nr. 02/2020
An der Erstellung dieser Ausgabe haben mitgewirkt: Hans Peter Graß, Kristina Langeder-Höll, Desirée Summerer, Barbara Wick.
Titelbild: pixabay.com | freie kommerzielle Verwendung
Layout: Kristina Langeder-Höll
Grafisches Grundkonzept: Eric Pratter

Kristina Langeder-Höll, *Referentin für politische Bildung & Veranstaltungsplanung*

FOTO: Christian Höll

Die Krise als Wendepunkt?

Plötzlich ist vielleicht nicht alles, aber doch vieles anders: Was wir als Normalität erlebt und als gegeben hingenommen haben, hat sich durch Covid-19 innerhalb kurzer Zeit stark gewandelt. Die Pandemie hat sich von einer gesundheitlichen Krise zu einer ökonomischen, politischen und gesellschaftlichen Krise ausgeweitet. Dementsprechend werden Rufe laut, nach den einschneidenden Veränderungen der letzten Wochen und Monate möglichst schnell zur „gewohnten Normalität“ zurückzukehren.

Dies mag angesichts von Rekordarbeitslosenzahlen, wirtschaftlichen Einbußen und existenziellen Ängsten verständlich erscheinen. Doch damit wird das Veränderungspotential von Krisen und deren mögliche Bedeutung als „Wendepunkt“ verkannt, wie der Friedens- und Konfliktforscher Werner Wintersteiner hervorhebt. In der Irritation und Aufweichung eingefahrener Denk- und Handlungsmuster steckt Potential für eine solidarischere, gerechtere und nachhaltigere Zukunft. Die Hoffnung auf eine soziale und ökologische Wende wird dadurch genährt, dass die Politik zeigt, dass sie handlungsfähig ist, wenn sie möchte. Doch auch eine Verstärkung nationaler Denkmuster ist möglich. Die Krise um Covid-19 erscheint beispielsweise als passender Anlass, die ohnehin abwehrende Haltung gegenüber Menschen auf der Flucht zu rechtfertigen.

Die vorliegende Kranich-Ausgabe möchte in diesem Kontext vor allem zwei Fragen nachgehen: Was brauchen wir erstens, um durch die globale Krise zu kommen? Perspektiven reichen von der Frage, wie wir in unterschiedlichen Phasen der Krise konstruktiv mit Konflikten in unserem sozialen Umfeld umgehen können, über die Wahrnehmung sozialer Ungleichheiten bei der Umsetzung von akuten Maßnahmen bis hin zur Frage, wie wir auch grenzüberschreitend solidarisch handeln und globale Lösungen finden können.

Damit einhergehend ist zweitens auch die Frage zu stellen, welche Lehren und Konsequenzen wir als Gesellschaft aus der Krise ziehen können, sollen und müssen. Wir haben eine Vielzahl von Erfahrungen gemacht, die politische Lern- und Reflexionsprozesse angestoßen haben. Es gilt, diese Erfahrungen gemeinsam zu reflektieren und Handlungsmöglichkeiten zu erarbeiten. Welche Maßnahmen sind im Sinne einer ökologischen und sozialen Transformation möglich und sinnvoll? Wohin wollen wir uns als Gesellschaft orientieren?

Kristina Langeder-Höll

Kurz & Bündig

Ziviler Friedensdienst in Österreich

Erfahrungen mit zivilen Friedensdiensten sind sehr gut, liegen aber schon etwas zurück. Etwa 120 Freiwillige waren von 1993 – 2004 im ehemaligen Jugoslawien aktiv. Eine neue Kampagne des Versöhnungsbundes für #ZivilerFriedensdienstÖsterreich trägt erste und durchaus süße Früchte: ein vielversprechender Anlauf für ein eigenständiges Instrument der österreichischen Außenpolitik. Beim Zivilen Friedensdienst gelangen gut ausgebildete Friedensfachkräfte weltweit in Krisen- und Konfliktgebieten zum Einsatz, die dort mit lokalen, zivilgesellschaftlichen Organisationen langfristig zusammenarbeiten. Er soll als Gemeinschaftswerk von Zivilgesellschaft und Staat konzipiert sein. Es werden vielfältige Methoden der zivilen Konfliktbearbeitung zum Einsatz gebracht, um Gewalt und Menschenrechtsverletzungen zu verhindern, Konflikte konstruktiv und friedlich zu transformieren sowie Frieden und Versöhnung herbeizuführen.
Das Regierungsprogramm von Jänner 2020 sieht die „Prüfung der Etablierung einer Mediationsfazilität im BMEIA und die Einrichtung eines österreichischen zivilen Friedensdienstes im Rahmen der Aktivitäten des BMEIA" vor. Der Budgettopf spielt auf dem Weg zur Realisierung natürlich eine wichtige Rolle. Für die Umsetzung des ZFD hoffen wir auf breite Unterstützung, z.B. über http://www.versoehnungsbund.at/zfd/#unterstuetzen.
Aber der Friedensdienst ist keine Feuerwehr. Es soll an den Ursachen, Verläufen und Folgen gewaltsam ausgetragener Konflikte gearbeitet werden – mit zivilen, mit gewaltfreien Mitteln. In Deutschland gibt es bereits seit 1999 einen solchen Dienst. Seither wurden rund 1500 Friedensfachkräfte in über 60 Ländern eingesetzt. Aktuell sind 350 Friedensdienende in 45 Ländern aktiv. Das deutsche Budget beträgt € 55 Millionen jährlich.

Thomas Roithner, Pete Hämmerle

Die „verlorene Generation"

Post aus Athen: Ich erhalte Informationen von Dr. Vasileios Meichanetsidis, der für die konfessionelle Hilfsorganisation „APOSTOLI" die europaweite Informationskampagne leitet und in Zusammenarbeit mit NGO´s wie THEIRWORLD wie auch der EASO, der „European Asylum Support Office" der Europäischen Union mit dem Sitz in Malta in Kontakt steht – im Bemühen um das Kindeswohl unbegleiteter Minderjähriger. APOSTOLI ist im Portfolio vergleichbar mit Caritas oder Diakoniewerk und europaweit vernetzt. Auch die Partnerorganisation THEIRWORLD hat sich dem Lebensrecht durch Flucht marginalisierter Kinder und Jugendlicher verschrieben. Alle drei Organisationen sehen sich verpflichtet, die Situation von „unaccompanied minors" zu kommunizieren und durch Gesundheits-, Bildungs- und Sozialprogramme bzw. durch die Mitwirkung bei europaweiten Zuweisungen und relocation – Programmen unterstützend tätig zu sein bzw. darüber zu informieren.
Dass Europa mit Entscheidungen über Hilfsmaßnahmen und Aufnahmeprogramme für unbegleitete Minderjährige äußerst zögerlich sowie in sich gespalten vorgeht, ist bekannt. Dass die Covid-19-Pandemie den ohnehin und auch bisher nur marginalen Blick für das Leid der Betroffenen überfrachtete und beiseiteschob, ist ein Faktum.
Aktuell sind es ca. 1600 unbegleitete Kinder und Jugendliche in Griechenland (und noch nicht mitgezählt jene Minderjährigen in Familien auf der Flucht), die als „verlorene Generation" traumatisiert, ihrer Zukunft und ihrer Lebensgestaltung beraubt werden, wenn nicht bald Entscheidungen zu ihrer Aufnahme in Europa getroffen werden. Sie werden - ausgestattet mit der Erfahrung des „Vergessen Werdens", der Marginalisierung und Entwertung durch Ignoranz, fernab von Bildungs- und Ausbildungsmöglichkeiten erreichbar für Extremisten jeder Art. Es braucht den politischen Willen, beherzt, schnell, entschieden zu handeln. Es braucht Aufgeschlossenheit und faktenbasierende Information.

Informationen über:
https://reliefweb.int/report/world/european-countries-must-act-urgently-help-unaccompanied-children-greek-refugee-camps;

Zur Aufnahme in den Info-Verteiler von APOSTOLI: v.meichanetsidis@mkoapostoli.gr

Barbara Nigitz-Arch, Salzburg / Seeham

Das Zitat

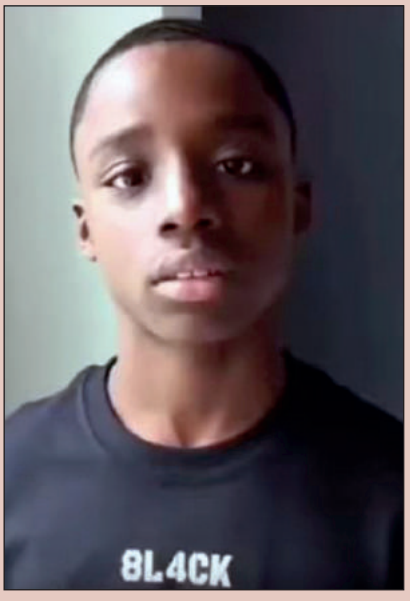

BILD: YouTube.com

„I'm a young black man
doing all that I can
to stand
Oh, but when I look around
and I see what's being done to my kind
every day, I'm being hunted as prey
My people don't want no trouble
We've had enough struggle
I just want to live
God, protect me
I just want to live
I just want to live."

(Lied des 12-jährigen US-Amerikaners Keedron Bryant zu Rassismus und der #blacklivesmatter-Bewegung, abrufbar unter: https://www.youtube.com/watch?v=cu9R08xFCtg [letzter Zugriff: 08. Juni 2020]).

„Die Krise einer Lebensform“

Das Gespräch führte Kristina Langeder-Höll.

FOTO: privat

„Die Frage, was wir aus Corona lernen können, wird jetzt überall gestellt“, so der Friedens- und Konfliktforscher Werner Wintersteiner. Dabei sei „nicht bloß das Pädagogische, sondern vor allem auch das Politische angesprochen.“

Kranich: Corona ist längst nicht mehr nur eine medizinische, sondern auch eine gesellschaftliche, politische und ökonomische Krise. Bestehende Ungleichheiten treten besonders deutlich zu Tage, doch auch eingefahrene Denk- und Handlungsmuster werden erschüttert. Darin steckt auch Potential. Was sind Ihrer Meinung nach die zentralen Lehren, die wir aus dieser Krise ziehen können?

Wintersteiner: Die Frage, was wir aus Corona lernen können, wird jetzt überall gestellt. Denn diese Krise stellt unsere Lebensweise soweit infrage, dass wir uns Fragen stellen, dass wir das, was uns bislang als selbstverständlich schien, hinterfragen. Natürlich fallen die Antworten je nach Standpunkt und Anschauung sehr verschieden aus. Es geht somit nicht nur darum, Lehren zu ziehen, sondern auch darum, dem subjektiv als richtig Erkannten in der öffentlichen Meinung im demokratischen Wettstreit mit anderen Meinungen zum Durchbruch zu verhelfen. Es ist also nicht bloß das Pädagogische, sondern vor allem auch das Politische angesprochen. Aber konkret: Was wir meiner Meinung nach lernen können, ist vielerlei. Das betrifft den Alltag, alle Bereiche der Politik in Österreich, die Weltebene, ebenso wie unsere inneren Einstellungen, unsere Lebensphilosophie. Ich beschränke mich hier auf drei besonders wichtige Punkte:

- Eine praktische Erfahrung, die wir nicht vergessen sollten: Wir sehen anschaulich, dass Politik auch ganz anders funktionieren kann, als man uns immer glauben machen wollte. In der Krise hat man nicht auf die Populist*innen gehört und man hat einschneidende Maßnahmen gesetzt, die die Gesundheit über den Profitgedanken und Wachstumsfetischismus gestellt haben. Das hat funktioniert. Und wir haben bei der Gesundheitsversorgung gemerkt, dass uns „die Restposten des alten Sozialstaates“ (Isolde Charim) gerettet haben. Diese Erfahrung, dass eine Politik jenseits aller neoliberalen Dogmen möglich ist, sollten wir unbedingt bewahren.
- Eine Einsicht, die wir wohl auch jetzt noch nicht wirklich wahrhaben wollen: „Die Coronakrise ist die Krise einer Lebensform“, wie es die Berliner Philosophin Rahel Jaeggi formuliert. Und wir müssen diese Lebensform radikal ändern, schließlich ist die Klimakrise wegen Corona zwar in unserer Wahrnehmung in den Hintergrund getreten, doch sie ist viel gefährlicher und schwieriger zu bewältigen – und sicher nicht durch einen Neustart in alter Manier.
- Eine Grundhaltung, die zu erwerben wir wohl lebenslang brauchen: Die Notwendigkeit mit Ungewissheiten, mit der Ungewissheit unseres Lebens an sich, umzugehen, und mit der Komplexität der Wirklichkeit, die uns ein komplexes Denken abverlangt. Die Corona-Krise liefert uns unzählige Belege dafür, dass wir das noch nicht sehr gut schaffen. Die grassierenden Verschwörungstheorien sind ein drastisches Beispiel für den verzweifelten Versuch, einfache Erklärungen und eine (trügerische) Sicherheit zu finden.

Kranich: Menschen helfen sich derzeit auf vielfältige Art und Weise z.B. bei alltäglichen Tätigkeiten wie Einkaufen. Gleichzeitig sind die Möglichkeiten des sozialen und politischen Engagements durch die Corona-Maßnahmen eingeschränkt und in der Phase des Lockdowns v.a. auf den virtuellen Raum beschränkt. Welche Folgen sehen Sie hier längerfristig für die Zivilgesellschaft?

Wintersteiner: Ich erlebe eigentlich keine Einschränkung der Möglichkeiten des Engagements, es wird ja unglaublich viel diskutiert und politisiert. Wir haben momentan eine Phase größerer politischer Sensibilität, wobei das naturgemäß die Lagerbildung fördert: in das Lager derer, die sagen, so kann es nicht weitergehen, Corona zeigt uns wieder einmal, dass wir eine solidarischere Gesellschaft und eine nachhaltige Wirtschafts- und Lebensweise anstreben müssen, und in die Gruppe derer, die ihre Freiheiten auch durch vernünftige Schutzmaßnahmen eingeschränkt sehen, die sich in Wutbürger*innen zu verwandeln drohen

und für Verschwörungstheorien anfällig sind. Aber mein Argument ist, dass auch diese Menschen im Moment stärker politisiert sind und wir nach Möglichkeit auf sie zugehen sollten, um ihrem Nachdenken eine andere Richtung zu geben. Wir dürfen uns gerade jetzt als Zivilgesellschaft keineswegs einschüchtern lassen und müssen kritischer denn je auftreten. Corona zeigt gerade, wie wichtig die Politik von unten ist und wie gefährlich es wäre, die Politik den Politiker*innen zu überlassen.

Kranich: Der vielbeschworene „nationale Schulterschluss" soll in der Krise Solidarität wecken – aber primär innerhalb nationaler Grenzen. Gleichzeitig zeigen die Entwicklungen einmal mehr, dass es auf globale Probleme auch globale Antworten braucht. Warum verfallen wir reflexartig in einen „Krisennationalismus" und wie kann dieser überwunden werden?

Wintersteiner: Ich sehe mehrere Gründe für diesen Rückfall in den Krisennationalismus: Zum einen ist unser europäisches und globales Denken ohnehin nicht besonders ausgeprägt gewesen. Bei der ersten Erschütterung wird die globale Rhetorik schnell fallen gelassen und man kehrt zu dem zurück, wie man eigentlich eh immer schon getickt hat. Mir scheint, dass viele unsere Politiker*innen ohnehin eingefleischte Nationalist*innen waren und sind. Das hat man vom ersten Tag der Krise an gesehen, bei dem unwürdigen Streit um Schutzausrüstung, bei der sehr fahrlässig-egoistischen Haltung im Tiroler Tourismus und jetzt etwa bei den Grenzöffnungen, wo alle am liebsten Tourist*innen und ihr Geld ins Land schnellstmöglich hereinholen wollen, aber die eigene Bevölkerung soll ja nicht ins Ausland fahren und dort ihr Geld ausgeben! Und bei der völligen Gleichgültigkeit gegenüber den Krisenfolgen in anderen Kontinenten wie etwa Afrika. Zum anderen erscheint die nationale Ebene als die einzige Handlungsebene, die funktioniert, weil es eben keine geeigneten supranationalen Institutionen gibt. Das Gesundheitswesen in der EU ist rein national ausgerichtet, ebenso die ganze Sozialpolitik. Corona zeigt uns, dass wir eigentlich viel mehr EU brauchen würden. Dazu müssten wir jetzt schrittweise transnationale Strukturen, zumindest auf EU-Ebene aufbauen, aber auch die WHO stärken zum Beispiel.

Kranich: Wie kann es gelingen, eine globale Solidarität auszubilden?

Wintersteiner: Man möchte meinen, die „Rette sich ‚wer kann" Mentalität ist ein „natürlicher" Reflex, aber schon eine einfache Überlegung zeigt das Gegenteil. Wenn eine Familie bedroht ist, sagen wir, weil ein Hochwasser ihr Haus zu überschwemmen droht, werden dann alle Familienmitglieder davonlaufen, jede*r für sich? Werden die Eltern und größeren Geschwister die Kleinen zurücklassen, die noch nicht so schnell laufen können? Natürlich nicht. Denn die Familie bildet ja eine Schutzgemeinschaft, alle halten zusammen. Das Problem ist also, dass wir Europa und die Weltgesellschaft nicht als unsere „Familie" wahrnehmen. Wir leben zwar im „Heimatland Erde" (Edgar Morin), wir sind auf einander angewiesen auf dem einzigen bewohnbaren Planeten, der uns zur Verfügung steht, aber es ist uns nicht ausreichend bewusst, dass wir nur durch globales Zusammenhalten unsere Zukunft sichern können. Keine Nation und keine soziale Gruppe kann sich dauerhaft alleine und auf Kosten anderer retten. Das gilt für Corona, aber noch viel mehr für die wesentlich gefährlichere Klimakrise. Ich glaube deshalb, dass es heute vor allem um eine Frage unserer Bewusstseinsbildung geht. Wir müssen lernen, uns als „global citizens" zu verstehen und danach zu handeln. Das sollte ein vordringliches Thema und Bildungsprinzip in den Schulen sein, aber keineswegs nur dort – in den Medien, in der Öffentlichkeit, am Arbeitsplatz, überall müsste in diese Richtung gewirkt werden.

Kranich: Themen rund um Corona dominieren gegenwärtig den öffentlichen und politischen Diskurs. Welche Themen fallen dabei unter den Tisch, die Ihrer Meinung ganz zentral wären?

Wintersteiner: Vielleicht sollten wir es gar nicht so formulieren, dass Corona andere Themen unter den Tisch fallen lässt, denn das wäre ja schon eine halbe Entschuldigung. Vielmehr wird meiner Beobachtung nach mit dem Vorwand Corona eine Politik fortgesetzt, die Migration und Flucht als Phänomene behandelt, die ohne Zusammenhang mit unserer Lebensweise sind, und die wir durch harte Abwehrmaßnahmen von uns fernhalten müssen und auch können, auch wenn wir dazu „hässliche Bilder" in Kauf nehmen müssen. Uns haben ja die Lebensbedingungen in den Ländern, aus denen Migrant*innen und Geflüchtete kommen, bislang auch nicht interessiert. Etwas anders ist das mit der Klimakrise. Hier können wir nicht mehr behaupten, sie hätte nichts mit uns zu tun. Aber Corona wird jetzt vorgeschoben, um die notwendigen einschneidenden Maßnahmen weiterhin zu vermeiden.

Kranich: Vielen Dank für das Gespräch!

Univ.-Prof. i. R. Dr. Werner Wintersteiner, *Gründer und ehemaliger Leiter des Zentrums für Friedensforschung und Friedensbildung der Universität Klagenfurt; Mitglied des Leitungsteams des Masterlehrgangs "Global Citizenship Education".*

WELTFRIEDENSTAG 2020

„Rette sich, wer kann? Die Grenzen unserer Solidarität"
15. September, 18:00 – 19:30
Robert-Jungk-Bibliothek für Zukunftsfragen, Strubergasse 18, 5020 Salzburg

Seit Ausbruch der Corona-Krise wird Solidarität beschworen – doch diese ist stark begrenzt. Staaten agieren weitgehend lediglich auf nationaler Ebene – selbst die Zusammenarbeit in der EU scheint schwierig, sobald diese etwas kostet – und manche Menschen sind stärker von der Krise sowie ihren Folgen betroffen als andere. Die Situation von Asylwerber*innen wird kaum mehr diskutiert oder angesichts der alles überlagernden Corona-Thematik abgetan. Mit dieser Veranstaltung wollen wir den Blick bewusst auf jene Menschen lenken, die aus der öffentlichen Wahrnehmung verschwunden sind: Wie ist die aktuelle Situation in den Flüchtlingslagern? Wo liegen die Grenzen unserer Solidarität und warum verfallen wir so leicht in einen Krisennationalismus?

Dazu diskutieren der Friedens- und Konfliktforscher **Werner Wintersteiner**, **Monika Gattinger** und **Katerina Šrahulková** von Ärzte ohne Grenzen sowie **Claudia Prantl** von der Caritas Salzburg.

Moderation: Helmut P. Gaisbauer, ifz.

Eine Kooperation von Friedensbüro Salzburg, Robert-Jungk-Bibliothek für Zukunftsfragen und ifz – internationales forschungszentrum für soziale und ethische fragen" anlässlich des Weltfriedenstag 2020. Auftaktveranstaltung der „Corona Lectures".

Katty Nöllenburg, *Ethnologin, Sozialpädagogin & Mediatorin*

FOTO: Björn Stahmer

Die „C-Frage“

Gewaltprävention und Konfliktmanagement in Zeiten von Covid-19

Von Katty Nöllenburg.

Die Corona-Krise sowie die damit einhergehenden Einschränkungen und Verunsicherungen stellen große Belastungen dar. Katty Nöllenburg, Geschäftsführerin des Institut für Konfliktaustragung und Mediation (ikm) Hamburg stellt dar, wie Konflikte auch in dieser Ausnahmesituation gewaltfrei ausgetragen werden können und fordert soziale Nähe trotz physischer Distanz.

Corona-Phase 1: Disaster management

Während der ersten 4 Wochen der Corona-Pandemie-Maßnahmen waren die meisten Menschen im Schockzustand. Eine gesamtgesellschaftliche Extremsituation, auf die mit Frust, Lethargie, Sorge oder Panik über die steigenden Infektionszahlen und zunehmenden Einschränkungen des öffentlichen und privaten Lebens reagiert wurde. Das Leben schien wie ein Film von David Lynch. Von einem Tag auf den anderen sollten die Kinder zuhause beschult werden, waren viele Erwachsene im Home-Office, in Kurzarbeit oder arbeitslos. Dies ging einher mit Gesundheitssorgen für einen selbst und Angehörige, Existenzängsten und Verunsicherungen, sowie sich bei älteren Kindern ein zunehmender Druck seitens der Schulbehörde bezüglich Schulnoten, Zeugnissen und Abschlüssen bemerkbar machte.
In Wohngemeinschaften und Familien war eine Konflikteskalation vorprogrammiert: Bezugsgruppen, Ausweichräume und Vertrauenspersonen, die sonst durch Ablenkung und Ausgleich schützen, waren nicht erreichbar. Beengter Wohnraum und fehlende Außenflächen wirkten als Anheizer von Konflikten. Einige Familien mit viel Wohnraum berichteten von Entschleunigung, da sie endlich mal Zeit mit den Kindern verbringen oder aufgeschobene Wohnungsreparaturen erledigen konnten. Doch selbst bei diesen Familien lagen die Nerven deutlich blanker als üblich. Allein schon durch die fehlenden Ablenkungsmechanismen, sowie die ungewohnten Einschränkungen der Privilegien, stieg die Wahrscheinlichkeit von Konflikteskalation auch hier deutlich an.

Häusliche Gewalt

Trotz mehrerer Umfragen und Studien werden die umfassenden Auswirkungen des „Lockdowns“ auf häusliche Gewalt erst deutlich später erfasst werden können, doch überall ist Grund zur Sorge. In Österreich wurden während der Corona-Maßnahmen 50 Prozent mehr Anrufe bei der „Frauen-Helpline“ registriert, die Hälfte davon wegen Gewalt, die andere Hälfte wegen Verunsicherung (Rösslhumer 2020). Es gab jedoch nur einen leichten Anstieg an häuslichen Polizeieinsätzen während der Corona-Beschränkungen (Raab 2020). In Frankreich und Italien blieb der starke Anstieg der Notrufe zunächst aus, auch wenn die Polizeieinsätze um ein Vielfaches erhöht waren - vermutlich weil die Opfer nicht frei anrufen konnten. Es wurden kreative Möglichkeiten erfunden, um vor allem Frauen einen niederschwelligen Zugang zu Unterstützung bei Gewalt zu ermöglichen. In Frankreich und Spanien wurde beispielsweise das Codewort „Maske 19“ in Apotheken als Notfall-Code für häusliche Gewalt eingeführt. In Frankreich wurden Beratungsstellen gegen Gewalt in den Supermärkten platziert – beides die wenigen Orte, wo Menschen hindurften.

Corona-Phase 2: Disaster fatigue

Die galoppartigen Wiedereröffnungen und Lockerungen der Corona-Beschränkungen sind sicherlich aus Perspektive der Gewaltprävention zu begrüßen. Alle Kinder haben wieder regelmäßig physischen Kontakt zu Lehrkräften und Sozialpädagog*innen und könnten sich, auch außerhalb ihrer Kernfamilien, mitteilen. Von häuslicher Gewalt betroffene Erwachsene haben deutlich mehr Möglichkeiten, Ansprechpersonen zu finden. Durch die schrittweise Schulöffnung werden die Lücken des Home-Schooling wieder etwas gefüllt, also die fehlenden Endgeräte für digitales Lernen oder auch fehlende Möglichkeiten der Eltern, die eigenen Kinder zu unterstützen. Mehr Menschen können wieder arbeiten – insgesamt sind für alle die Möglichkeiten für Abwechslung und Ablenkung um ein Vielfaches gewachsen, und damit sinkt die Wahrscheinlichkeit von Konflikteskalation und Gewalt zuhause. Doch was passiert anstatt: Viele wollen die Corona-Nachrichten nicht mehr verfolgen; die sogenannte „disaster fatigue“ hat eingesetzt – gegenüber Katastrophenmeldungen setzen Ermüdungserscheinungen ein. Wo in der Phase 1 noch viele Verständnis für Regulierungen hatten, reagieren mehr und mehr mit Gereiztheit, Aggressionen bis hin zu Gegenwehr. Der Eskalationsgrad gegenüber Corona-Maßnahmen steigt unter anderem auch wegen der sog. „Infodemie“, vor der u.a. der bekannte Virologe und Corona-Experte Christian Drosten warnt (Offener Brief „Gesundheitspersonal schlägt Alarm“, 2020). Mit „Infodemie“ werden die Vielzahl an Falschmeldungen über Behandlungsmöglichkeiten gegen Covid-19 in den sozialen Medien bezeichnet, einige davon mit lebensgefährlichen Folgen. Als genauso gefährlich bezeichnet Drosten die unzensierte Meinungsverbreitung Unwissender über Corona im Internet. Am Schlimmsten seien die falschen Nachrichten, die von Ärzt*innen und Professor*innen kämen, da diesen besonders viel Glauben geschenkt würde und sie Verbreiter*innen von Verschwörungsmythen in die Hände spielten (NDR Podcast, 19.05.2020).

Die Freundes-, Bekannten- und Kolleg*innenkreise scheinen in dieser Phase 2 entlang der Grundhaltung zur Pandemie und dem Grad des Vertrauens in gesetzliche Regulierungen bzw. wissenschaftlichen Empfehlungen zuneh-

mend gespalten. Ähnlich wie bei der Haltung gegenüber rechtspopulistischen Parteien werden Äußerungen als Eskalationsprävention einfach unkommentiert stehengelassen, oder Diskurse führen zum Aufeinanderprallen von Unverständnis und Enttäuschung. Eine echte Freundschaftsprobe.

Was wird Phase 3? – Wir brauchen Soziale Nähe trotz Distanz

Sollten die Corona-Regulierungen immer weiter gelockert werden, wird die Aufarbeitung der Konflikt- und Gewaltfälle, sowie das Gegenwirken der Chancenungleichheiten schon bald eine große gesellschaftliche Aufgabe. Es müssen dringend jetzt Konzepte und Ressourcen gefunden werden, damit Freizeit-, Kultur-, Bildungs- und Beratungsstellen die Familien in den bevorstehenden Sommerferien unterstützen können.
Sollten die Zahlen der Neuinfektionen so steigen, dass die Lockerungen wieder rückgängig gemacht werden, sollten wir hoffentlich deeskalative und unterstützende Strategien aus der ersten Corona-Phase gelernt haben. Die vielen kreativen und solidarischen Aktionen der ersten Wochen in der Zivilgesellschaft werden wieder aufblühen, die Beratungsstellen schneller online präsent sein und die Bildungssysteme und Serviceanbieter*innen flexibler geworden sein.

Die alteingesessenen Argumentationstrainings gegen Stammtischparolen werden momentan schon erweitert um Corona-Verschwörungsmythen, in denen verbale Interventionshilfen vermittelt werden. Doch was tun mit den Freundschaften und Bekanntschaften, die an der „C-Frage" zu scheitern drohen?

Zu Beginn der staatlichen Regulierungen aufgrund der Corona-Pandemie empfahl ich in Interviews die bewusste Entscheidung für Code-Wörter und Exit-Strategien gegen Konflikteskalation Wohngemeinschaften und Familien. Vielleicht sollten diese Code-Wörter auf Freundschaften ausgeweitet werden (Nöllenburg 2020). Sobald die Interpretationen und Bewertungen der Corona-Pandemie entweder durch Alltagsbemerkungen oder im ernsthaften Gespräch auseinander zu driften drohen, ist eine bewusste Entscheidung gefragt. Ich vermute, die nächsten Trainings in „Gewaltfreier Kommunikation" und „Achtsamer Kommunikation" werden um dieses Thema erweitert werden müssen.

Egal, in welcher Corona-Phase wir uns gerade befinden, das Wichtigste ist:
1. Zivilcourage ist durch die Corona-Pandemie nicht eingeschränkt. Wer Konflikteskalation beobachtet oder befürchtet, dass jemand Gewalt erfährt, sollte sich bemerkbar machen. Wer sich um die Sicherheit anderer sorgt, sollte die Polizei anrufen.
2. Soziale Nähe und gesellschaftlicher Zusammenhalt: Die Autorin Kübra Gümüşay sagte jüngst in einem Interview, ihr Unwort des Jahres wäre „Social Distancing". Das Wort würde falsch verstanden werden, so Kübra Gümasay, denn im Miteinander ist zwar zurzeit physische Distanz notwendig, aber viel wichtiger seien die soziale Nähe zueinander sowie der gesellschaftliche Zusammenhalt.
Dies scheint mir die einzige Klarheit, die trotz allen Unsicherheiten Bestand hat.

Katty Nöllenburg *ist Leiterin des Instituts für Konfliktaustragung und Mediation (ikm) e.V. in Hamburg. Sie ist Ethnologin, Sozialpädagogin und Ausbilderin für Mediation (BM). Als Mediatorin und Fortbildnerin arbeitet sie vor allem zu interkulturellen Werte- und identitätsbasierten Konflikten. www.ikm-hamburg.de*

Literatur

Rösslhumer, Maria (2020): Interview mit Vienna.at, 30.03.2020, https://www.vienna.at/coronavirus-massnahmen-kein-anstieg-haeuslicher-gewalt-in-wien/6572731 [letzter Zugriff: 23.06.2020].
Raab, Susanne (2020): Interview mit www.ots.at [letzter Zugriff: 01.05.2020].
Offener Brief „Gesundheitspersonal schlägt Alarm wegen Infodemie auf Social-media, https://secure.avaaz.org/campaign/de/health_disinfo_letter/ [letzter Zugriff: 23.06.2020].
NDR Podcast „Coronavirus-Update", 19.05.2020.
Nöllenburg, Katty (2020): „Konflikte in der Corona-Krise", Interview mit dem ZDF, 22.03.2020.

BEZAHLTE ANZEIGE

Julia Scharinger, *Programm-Managerin am Österreichischen Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung*

FOTO: privat | Julia Scharinger

Soziale Ungleichheit in der Krise

Die Bedeutung von Intersektionalität im Kontext der Covid-19 Pandemie

Von Julia Scharinger.

FOTO: pixabay.com | freie kommerzielle Nutzung

Die Corona-Krise und ihre Folgen betrifft nicht alle Menschen gleich. Intersektionalität ist als „theoretisches Konzept, Analyseansatz und als Werkzeug von Politik und Recht" wichtig, um die Risiken und Effekte von Covid-19 zu verstehen und Solidarisierungsmaßnahmen gesellschaftlich zu verankern, so Julia Scharinger.

Covid-19 betrifft uns alle - und wir sind alle unterschiedlich betroffen. Wer mit stabiler Internetverbindung und Ruhe im eigens eingerichteten Home-Office zu Hause sitzt, erlebt diese Krise anders als jene, welche etwa ohne festen Wohnsitz sind, von anderen mit rassistischen Sprechakten oder Taten verfolgt werden oder keinerlei Zugang zu Einkommen oder sozialer Absicherung haben. Sorge und Angst um Ansteckung, um Mitmenschen oder die individuelle und kollektive Zukunft mögen all diese Personen begleiten. Dennoch sind manche Menschen geringeren Risikofaktoren der Ansteckung und Weiterverbreitung ausgesetzt, können auf bessere ärztliche Versorgung zurückgreifen und haben mehr finanziellen Spielraum und Zugang zu Ressourcen als andere. Genauso lässt sich bereits erkennen, dass manche Menschen von politischen Maßnahmen umfangreicher profitieren, während andere im schlimmsten Falle dem politischen Radar entgehen oder diesem zum Opfer fallen.

So sprach UN Woman bereits Anfang April von einer „Schattenepidemie" an Gewalt gegen Frauen und Kindern – u.a. intensiviert durch erhöhten finanziellen Stress, Armut, eingeschränkter Bewegungsmöglichkeit und überlasteten Systemen zur Unterstützung von Familien in Krisensituationen (Mlambo-Ngcuka 2020). Der Corona-Familienhärtefond hätte in Österreich zumindest die Intensität dieser Faktoren abfangen können. Stattdessen bevorzugt er Kleinfamilien der Mittelschicht, welche ohne jegliche Formen der Behinderung leben. Selbst nach erheblicher Kritik und Abänderung werden durch den Fond „Bezieher*innen zweiter Klasse" kreiert. Menschen, welche bereits vor dem 28. Februar arbeitslos waren oder Notstandshilfe bezogen, werden nämlich nur minimal und nur, wenn noch Mittel zur Verfügung stehen, mitbedacht (vgl. Mader 2020). Besonders betroffen – oder eher nicht-betroffen - sind demnach Alleinerziehende (meist Frauen), die aufgrund sozio-ökonomischer Belastungen oder körperlicher Verfassung bereits vor der Krise in der Krise lebten.

Damit wird die Ausrichtung des Familienhärtefonds zum zynischen Beispiel von dem, was der queer-feministische und postkoloniale Diskurs aufzeigen: unser gesellschaftliches System ist auf dem Konstrukt einer homogenen Gesellschaft aufgebaut – weiß, zumindest christlich sozialisiert, finanziell abgesichert/gehobenere Mittelschicht, heterosexuell, männlich und cis-Gender - identifiziert sich also auch mit jenem Geschlecht, mit dem er geboren wurde. Wer von dieser Norm, diesem „Default-Menschen" abweicht, etwa durch körperliche Verfassung, Herkunftsland, Hautfarbe oder der Höhe des Einkommens, wird in relevanten Gremien und Entscheidungen, inklusive in Gesetzen, weniger oder erst später und als „Add-on" mitbedacht. Besonders wenn es um das Risiko von physischer Gewalt geht, kann diese strukturelle Ungleichheit jedoch gravierende Folgen haben.

Intersektionalität als theoretisches Konzept, Analyseansatz und als Werkzeug von Politik und Recht ist deshalb unabdingbar, um das Verständnis von Risiken, Effekten und Handlungsbedarf im Rahmen der sozioökonomischen Effekte von Covid-19 und entsprechenden Maßnahmen zu schärfen und das Solidaritätsprinzip gesellschaftlich zu verankern. Wesentlich von der US-amerikanischen Anwältin und Akademikerin Professor Kimberlé William Crenshaw (1989) geprägt, verweist Intersektionalität darauf, dass wir keine eindimensionalen Leben leben, sondern unsere Erfahrungen geprägt sind von Pluralismus, Komplexität, den Schnittstellen an Identitäten, welche im lokalen und globalen Raum auf unterschiedlichste Art und Weise zum Tragen kommen.

Geht es um einen differenzierten Blick auf unterschiedliche Lebenserfahrungen und -chancen, kommen uns die Kategorien „Mann" und „Frau" wohl am schnellsten in den Sinn. Es gibt jedoch noch viele weitere Aspekte von Identität, welche uns ein größeres Verständnis für Lebenserfahrungen, Belastungen und Bedürfnisse unserer Mitmenschen aufzeigen können.

Cis-Heteronormatives Denken, Homophobie und Transphobie sind derzeit z.B. nicht nur hinsichtlich Hassäußerungen diverser religiöser und politischer Persönlichkeiten ein Thema, sondern auch dann, wenn es um die Implementierung von entsprechend normierten Gesetzen geht. In Panama wurden so ab April Lockdown-Maßnahmen verhängt, wonach Männer und Frauen an jeweils rotierenden Tagen ihre Häuser verlassen dürfen. Für Trans- oder nicht-binäre Menschen erhöht dies das Risiko, angehalten und befragt zu werden. Dies verletzt nicht nur die Menschenwürde, sondern birgt auch das Risiko von physischer Gewalt.

Die VN verzeichnet jedoch nicht nur eine erhöhte multidimensionale Gefährdung von Menschen der LGBTIQA+-Gemeinschaft (Queer.de, 2020), sondern auch die starke Zunahme von Rassismus. Hass und Verteufelung von Menschen auf der Flucht, anti-semitische Verschwörungstheorien oder Attacken gegen Menschen, die Islam als Glaubensbekenntnis praktizieren steigen rapide (UN News, 2020). Trump & Co. mögen hier die bekanntesten Aushängeschilder sein, doch Rassismus ist vielfältig, unterschwellig, laut und leise zugleich. Das Schließen von Grenzen und Diskurse, welche die globale Pandemie mit Krieg gleichsetzen, tragen zur weiteren Entmenschlichung von „anderen" bei. Mitmenschen werden dadurch zu virus-infizierten Angreifer*innen – besonders, wenn sie den Anschein erwecken, nicht zur „Default-Mehrheit" zu gehören.

Angesichts der immensen Präsenz einer globalen Krise hätten wir nun die Chance, Solidarität neu zu definieren und zu leben – z.B. mit dem französischen Philosophen Edgar Morin (1999), welcher uns das Mensch-Sein als Teil einer planetarischen Schicksalsgemeinschaft vor Augen führt. Intersektionalität könnte uns hierbei helfen, sowohl unsere Diversitäten als auch unsere gemeinsam geteilte Menschlichkeit individuell und kollektiv zu vereinen, um der Praxis von „Heimatland Erde" näher zu kommen. Corona mag Hautfarbe oder Religionsbekenntnis nicht kennen - wir Menschen, die Gesetze und Verordnungen, welche derzeit verabschiedet werden, und die Narrative in gesellschaftlichen Räumen aber schon. Die Frage ist nun: mit welchen Narrativen, Gesetzen und Verordnungen wollen wir leben? Wie wollen wir uns als globale und lokale Gesellschaft entfalten? Welche Welt überlassen wir unseren Kindern und welchen Kindern überlassen wir diese Welt? (vgl. Jonas (2003) & Semprun (1997) in: Morin, 2014: 13).

Dieser Artikel basiert auf einen ASPR-Kommentar, welcher Anfang April unter folgendem Link veröffentlicht wurde: https://www.friedensburg.at/uploads/files/Kommentar_Soziale_Ungleichheit_in_der_Krise_01-04-2020.pdf.

MMag.a Julia Scharinger, MA *arbeitet am Österreichischen Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung. Sie beschäftigt sich besonders mit Fragen und Möglichkeiten, Frieden und Friedensarbeit inklusiver, nachhaltiger und gerechter zu gestalten.*

Literaturverzeichnis:

Crenshaw, Kimberlé (1989): Demarginalizing the Intersections of Race and Sex: A Black Feminist Critique of Antidiscrimination Doctrine, Feminist Theory and Antiracist Politics. University of Chicago Legal Forum, Vol. 1989(1). 139-167.
Mader, Martina (2020): Drei Mal unterschiedlich hoher Familienhärteausgleich. [online] https://www.wienerzeitung.at/nachrichten/politik/oesterreich/2058774-Drei-Mal-unterschiedlich-hoher-Familienhaerteausgleich.html [25.05.2020]
Mlambo-Ngcuka, Phumzile (2020): Violence against women and girls: the shadow pandemic. [online] https://www.queer.de/detail.php?article_id=35935 [22.05.2020]
Morin, Edgar (2014): Enseigner à vivre. Manifeste pour changer l'Éducation. Actes Sud.
Morin, Edgar & Kern, Anne Brigitte (1999): Heimatland Erde. Versuch einer planetarischen Politik. Übersetzt von Horst Friessner. Promedia Druck- und Verlagsges.m.b.H., Wien.
Queer.de (2020): Menschenrechtschefin warnt vor Corona-Folgen für LGBTI. [online] https://www.queer.de/detail.php?article_id=35935 [22.05.2020]
UN News (2020): UN chief appeals for global action against coronavirus-fuelled hate speech. [online] https://news.un.org/en/story/2020/05/1063542 [22.05.2020]

Kristina Langeder-Höll, *Referentin für politische Bildung im Friedensbüro Salzburg*

FOTO: Christian Höll

Lernprozesse anregen und begleiten

Die Krise als Herausforderung und Chance für die politische Bildung

Von Kristina Langeder-Höll.

Wirtschaftliche Probleme, existenzielle Ängste und Ohnmachtsgefühle bestimmen den Diskurs rund um Covid-19 und bedürfen einer sorgfältigen Analyse und das Setzen sinnvoller Maßnahmen. Doch in der Aufweichung bestehender Verhältnisse steckt auch das Potential für emanzipatorische Veränderungsprozesse. Wir können aus der Krise lernen - aber wie?

Innerhalb weniger Wochen und Monate hat sich unser Leben im Zuge von Covid-19 auf eine Art und Weise verändert, wie sie noch vor kurzem nicht vorstellbar war. Für Kinder und Jugendliche hieß die Zeit des Lockdowns, mehr Zeit zu Hause und in den Familien zu verbringen und den Unterricht über digitale Tools zu verfolgen. Viele verfügten dabei nicht über die notwendige technische Ausstattung und Infrastruktur, anderen fehlten aufgrund von beengten Wohnverhältnissen die Ruhe und der Raum, sich dem Lernen zu widmen. Wieder anderen mangelte es an der Unterstützung der Eltern oder anderer Bezugspersonen, auf die in Zeiten von „home schooling" viele Aufgaben übertragen wurden. Der Kontakt zu Großeltern wurde eingeschränkt. Und es bedeutete vor allem auch, Freunde kaum mehr treffen zu können. Auch zurück in der Schule ist der soziale Kontakt eingeschränkt: Die Hälfte der Klasse fehlt, die Schüler*innen sitzen alleine in ihren Bänken, um den Sicherheitsabstand zu wahren.
Die Corona-Krise hat alle, aber vor allem jene Schüler*innen hart getroffen, die ohnehin bereits Benachteiligungen erfahren. Obwohl von politischer Seite versucht wurde, erleichternde und entgegenkommende Maßnahmen zu setzen, profitierten besonders benachteiligte Gruppen wie etwa Schüler*innen der Deutschförderklassen wenig bis gar nicht davon.

Die Krise als Lernanlass

Während diese Entwicklungen zeigen, dass es neben schnell umsetzbaren „Erste-Hilfe-Maßnahmen" vor allem strukturelle Veränderungen für mehr Bildungsgerechtigkeit braucht, erleben wir derzeit auch eine starke Politisierung: Die Corona-Krise macht deutlich, dass alle Aspekte unseres Lebens vom Politischen durchdrungen sind und wir als Individuen in Wechselwirkung zu den gesellschaftlichen, politischen, ökonomischen und ökologischen Bedingungen stehen. Alexander Wohnig (2020) betont, dass die Krise daher als subjektiv bedeutsamer Lernanlass, ja sogar als Lernnotwendigkeit gesehen werden kann: Menschen machen derzeit besonders viele Erfahrungen, die informelle politische Lern- und Reflexionsprozesse anstoßen. Für die politische Bildung eröffnen sich hier viele Potentiale: Dazu muss politische Bildung einerseits lebensweltlich orientiert und eine „an der Welt interessierte Bildung" (Steffens 2013) sein, andererseits muss sie aber auch einige zentrale Kategorien wieder neu für sich definieren sowie ihre Aufgabe in Zeiten von Umbrüchen und Krisen festlegen.

Kritisch-emanzipatorische Impulse

In den letzten Jahren ließ sich eine gewisse „Dominanz der Form gegenüber dem Inhalt" (May 2016, S. 237) konstatieren: Mit der Ausbildung von politischer Bildung als Unterrichtsprinzip und Unterrichtsfach rückte der Fokus, angeregt durch Impulse aus der Allgemeinen Didaktik und Unterrichtsforschung, vermehrt auf die Vermittlungs- und Interaktionsformen des Unterrichtens. Kompetenzen und Bildungsstandards wurden entwickelt, die auf pädagogischen, fachdidaktischen und lernpsychologischen Grundlagen aufbauen und als Outcome des Schulsystems gemessen und evaluiert werden sollen (vgl. Eis 2016). Dadurch geriet der kritisch-emanzipatorische Anspruch politischer Bildungsarbeit etwas aus dem Blick. Die Entwicklungen rund um Covid-19 zeigen aber, dass die eigene, individuelle Entwicklung und Aufklärung in einem Wechselverhältnis zu gesellschaftlichen Verhältnissen steht. Diese zu analysieren und die eigene Involvierung zu verstehen, kann Basis für emanzipatorische Veränderungsprozesse sein. Da die Krise eingefahrene Denk- und Handlungsmuster aufweicht, eröffnen sich so neue Möglichkeiten, in demokratischen Alternativen und Utopien zu denken. Dabei müssen nicht nur die eigenen Interessen wahrgenommen, artikuliert und umgesetzt werden können, sondern auch die Perspektive des kollektiven Handelns in Betracht gezogen werden. Die demokratische Verantwortung besteht darin, die Autonomie und das Wohl des Einzelnen in Zusammenhang mit der Autonomie und dem Wohl anderer zu sehen.

Individuelle und gesellschaftliche Lernprozesse begleiten

Wer gesellschaftliche Verhältnisse analysiert, öffnet und beschreibt damit immer auch Lernwege – sei es in Form von diskursiven gesellschaftlichen Lernens oder von Unterricht. In der menschlichen Lernfähigkeit liegt die Hoffnung, krisenhafte Verhältnisse zum Besseren wenden zu können. Um diese Prozesse in unterschiedlichen Feldern zu begleiten, hat das Friedensbüro vielfältige Angebote initiiert und konzipiert.

Workshops für Kinder und Jugendliche
Bildungseinrichtungen sind gefordert, Schüler*innen mit ihren Erfahrungen, Ambivalenzen und Unsicherheiten nicht alleine zu lassen, sondern diese aufzugreifen, Austausch anzuregen und gemeinsam zu reflektieren. Wichtig ist dabei, dass die Krise in ihren unterschiedlichen Facetten, ihren Symptomen und Folgen in angemessener Komplexität thematisiert wird. In zwei aufeinander aufbauenden Workshops zu je 3 Unterrichtseinheiten möchten wir einen geschützten Raum eröffnen, um zunächst die konkreten individuellen Eindrücke und Erfahrungen zur Sprache zu bringen und sie dann auf altersgerechte Art und Weise in Zusammenhang zu

gesellschaftlichen und politischen Verhältnissen zu bringen. Mit welchen Schwerpunkten wir uns in den Workshops befassen, hängt von den Interessen und Bedürfnissen der Schüler*innen ab und wird für jede Gruppe individuell gestaltet. Die Themenpalette reicht von Fake News, Verschwörungstheorien, Wertekonflikten wie Freiheit vs. Sicherheit über soziale Ungleichheiten bis hin zu Solidarität. Neben strukturierendem Wissen wollen wir in dieser von Verunsicherungen und Ohnmachtsgefühlen geprägten Zeit Emotionen einen angemessenen Platz einräumen und sie einer Reflexion zugänglich machen. Das gilt sowohl für soziale als auch für politische Lernprozesse (vgl. Langeder 2020). Damit in Zusammenhang stehend soll auch der Umgang mit Ambivalenzen und Ambiguitäten gefördert werden. So kann in umbruchhaften Zeiten Orientierung geschaffen und Handlungsfähigkeit bewahrt werden, ohne zu vereinfachen oder Eindeutigkeiten vorzugeben.

Corona Lectures: Die Krise als Wendepunkt?

Ausgehend von einer Initiative des Friedensbüro Salzburg haben sich zahlreiche Salzburger Organisationen wie die Robert-Jungk-Bibliothek, das ifz – internationales Forschungszentrum für soziale und ethische Fragen, die Armutskonferenz, das Klimabündnis Salzburg, KommEnt, Südwind Salzburg sowie der Runde Tisch Bedingungsloses Grundeinkommen Salzburg zusammengeschlossen und eine gemeinsame Veranstaltungsreihe entwickelt. Die „Corona Lectures" möchten die gesellschaftlichen Lern-und Suchprozesse begleiten und der Frage nachgehen, welche Lehren wir für unterschiedliche gesellschaftliche Bereiche aus der Krise ziehen können: Wie wollen wir unser gesellschaftliches Zusammenleben künftig gestalten? Wohin wollen wir uns als Gesellschaft orientieren? Themen wie Solidarität und ihre Grenzen, Bildungsgerechtigkeit, Resilienz, Arbeit oder Klima werden in vielfältigen Settings besprochen.

MMag.a Kristina Langeder-Höll *ist als Bildungsreferentin und Veranstaltungsplanerin im Friedensbüro Salzburg tätig und koordiniert den Fachbereich politische Bildung.*

Literatur

Eis, Andreas (2016): „Vom Beutelsbacher Konsens zur ‚Frankfurter Erklärung: Für eine kritisch-emanzipatorische Politische Bildung'?" In: Benedikt Widmaier / Peter Zorn (Hrsg.): Brauchen wir den Beutelsbacher Konsens? Eine Debatte der politischen Bildung, Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung, S. 131-139.

Langeder, Kristina (2020): „Emotive Wende? Zur ambivalenten Rolle von Emotionen in Theorie und Praxis politischer Bildungsarbeit", in: Politikum 1/20, S. 62-68.

May, Michael (2016): „Die unscharfe Grenze des Kontroversitätsgebotes und des Überwältigungsverbotes." In: Benedikt Widmaier / Peter Zorn (Hrsg.): Brauchen wir den Beutelsbacher Konsens? Eine Debatte der politischen Bildung, Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung, S. 233-241.

Steffens, Gerd (2013): „Krise und gesellschaftliches Lernen." In: Krisendiskurse. Jahrbuch für Pädagogik. Frankfurt/M.: Peter Lang, S. 41–51.

Wohnig, Alexander (2020): Die Corona-Krise und Perspektiven politischer Bildung. In: CPD Policy Blog, 26. März 2020. https://policyblog.uni-graz.at/2020/03/die-corona-krise-und-perspektiven-politischer-bildung/ [letzter Zugriff: 23.06.2020].

BEZAHLTE ANZEIGE

Sonja Messner, *Erziehungswissenschaftlerin & zertifizierte Saferinternet.at-Trainerin*

FOTO: Akzente Salzburg

Fake News in Zeiten von Covid-19

Von Sonja Messner.

BILD: pixabay.com | freie kommerzielle Nutzung

Fake News und Verschwörungstheorien haben gerade in von Umbrüchen und Unsicherheiten geprägten Zeiten Konjunktur. Im Zuge der Corona-Pandemie werden zahlreiche Falschmeldungen verbreitet und geteilt. Die Medienpädagogin Sonja Messner gibt Tipps, wie man solche Meldungen erkennen und ihnen entgegenwirken kann.

Haben Sie zu Beginn der Pandemie auch eine Sprachnachricht über WhatsApp bekommen mit dem Inhalt "Du ich sag dir das jetzt ganz inoffiziell und unter uns, weil ich's wichtig finde, dass das viele wissen... Ein Freund von einem Freund arbeitet im Bundeskanzleramt und der hat gesagt, dass bald der Notstand ausgerufen wird und die Lebensmittelgeschäfte alle zumachen müssen"? Oder haben Sie auch das Foto gesehen, das scheinbar belegt, dass es für Hunde bereits einen Impfstoff gegen das Coronavirus gibt – warum soll der nicht auch beim Menschen wirken? Wie haben Sie sich gefühlt? Haben Sie Angst, Unsicherheit oder Wut empfunden?

Was haben Sie mit dieser Information gemacht? Sie weitergegeben? Jemandem erzählt oder über ein soziales Netzwerk geteilt? Oder haben Sie genauer recherchiert? Einfach mal abgewartet?

Fake News können absichtlich oder unabsichtlich in Umlauf gebracht werden. Mit absichtlich gestreuten Fake News wird meist ein bestimmtes Ziel verfolgt und versucht auf politische, gesellschaftliche oder ökonomische Entwicklungen bzw. auf die Wahrnehmung davon Einfluss zu nehmen. Falschnachrichten können darauf abzielen, Stimmung für oder gegen etwas zu machen oder das Vertrauen in ein Unternehmen, eine Person, eine Regierung zu beschädigen, bestimmte Meinungen zu bestätigen bzw. ganz grundsätzlich zu beeinflussen.

Reaktionen auf Fake News (FN) können sehr emotional ausfallen, denn eine FN ist dann erfolgreich, wenn sie sich rasch und weit verbreitet UND von vielen Menschen geglaubt wird (oder zumindest als möglich erachtet wird). Eine schnelle Ausbreitung von Informationen wird durch Emotionalisierung erreicht, d.h. die Nachrichten sind so formuliert, dass sie irgendeine Emotion auslösen, z.B. Angst, Wut, Enttäuschung oder auch positive Emo-

tionen wie Freude. Die emotionale Betroffenheit trägt dazu bei, dass darüber gesprochen bzw. geschrieben wird. Die (Falsch)Nachricht wird weiterkommuniziert… und so verbreiten sich Fake News.

Neben dem menschlichen Verbreitungsweg spielt auch der Algorithmus der sozialen Plattformen dem Verbreiten von FN in die Karten. Je mehr Interaktionen es auf ein Posting gibt, z.B. liken, kommentieren oder teilen auf Facebook, desto wichtiger wird das Posting vom Algorithmus eingestuft – und umso mehr Nutzer*innen wird dieses Posting in ihrer Timeline angezeigt. Wenig überraschend – je emotionaler ein Posting ist, umso mehr Interaktionen (likes, Kommentare, Teilen usw.) erhält es. Der Algorithmus „denkt", das Posting muss wichtig sein. Je mehr Interaktionen, umso höher die Reichweite… Zudem ist das Teilen von Inhalten auf Sozialen Netzwerken kein Problem – im Gegenteil, die Plattformen leben davon, dass viele Nutzer*innen ihren Dienst häufig und lange nutzen.

Die EU-Kommission plant nun Plattformen wie Facebook und Twitter in die Pflicht zu nehmen, indem sie künftig monatlich Berichte über ihre Maßnahmen gegen Desinformationen vorlegen müssen (APA-OTS 2020). Immer wieder werden rechtliche Schritte oder auch eine Redaktionspflicht der Plattformen verlangt. Diese Forderungen sind nicht einfach umzusetzen, da die weltweite Nutzung eine einheitliche Rechtsprechung schwierig macht. Naturgemäß werden Strafen rückwirkend angewandt, was nicht zur unmittelbaren Eindämmung einer Falschnachricht beiträgt. Zudem gilt es zu bedenken, welche (weitere) Macht man Plattformen potenziell in die Hand gibt, wenn sie dafür zuständig sind, Inhalte zu filtern. Nach welchen Maßstäben machen sie das? Wer legt die fest? Und wer kontrolliert das?

Ein weiteres Problem beim Eindämmen von Fake News ist die enorme Reichweite – ab einem gewissen Zeitpunkt ist diese kaum mehr möglich.

Was haben Sie nun mit der Sprachnachricht gemacht, die inoffiziell darüber informiert, dass die Lebensmittelgeschäfte schließen müssen? Gerade zu Beginn der Pandemie gab es eine regelrechte Informationsüberschwemmung, die Ereignisse haben sich überschlagen und die Unsicherheit war groß – was war (und ist es immer noch nicht) gar nicht so leicht, zu entscheiden, was stimmt und was nicht.

Die wichtigste Botschaft im Umgang mit Informationen ganz allgemein lautet: **Nicht alles glauben!** Es ist wichtig, Medienhalte ganz grundsätzlich kritisch zu hinterfragen. Sei es die WhatsApp-Nachricht, sei es der Zeitungsartikel, der Blogbeitrag, das Video. Seien Sie sich dessen bewusst, dass jede*r Content produzieren und veröffentlichen kann. Im Workshop „Erfolgreich Fake News produzieren" für Jugendliche und Erwachsene werden Fake News erstellt, um aufzuzeigen, wie einfach es für jedermensch ist, eigene Botschaften kundzutun. Wer das Internet dafür verteufelt und Restriktionen fordert, darf nicht vergessen, dass freie Meinungsäußerung ein wesentlicher Bestandteil einer Demokratie und ein Menschenrecht ist. Die Grenzen hier sind fließend. Technische Filter können zudem nicht alles auffangen. Als Beispiel hierzu seien Deepfake Videos genannt. Hierbei handelt es sich um realistisch wirkende Videos, die jedoch durch künstliche Intelligenz manipuliert worden sind. Ein berühmtes Beispiel hierfür ist ein Video von Barack Obama, in dem er u.a. Trump beschimpft. Die Mimik wirkt dabei erstaunlich real, doch das Video ist nicht echt. Barack Obama hat diese Sätze nie ausgesprochen (BuzzFeedVideo/YouTube 2018).

Als nächster Tipp im Umgang mit Informationen kann gesagt werden: Nicht alles teilen! Sei es über digitale Medien (WhatsApp, Facebook, Insta, Mail, …) oder auch verbal in Gesprächen mit Familie, Freunden, Arbeitskolleg*innen. Selbst wenn Sie eine Nachricht beschäftigt, sollte sie nicht unreflektiert weitergegeben werden. Gerade in Alltagsgesprächen werden häufig Halbwahrheiten weitergegeben. Bei den Fake News zum Impfstoff z.B. beruht das Problem auf Halbwissen – das Virus SARS-CoV-2, mit dem wir es zu tun haben, gehört zur Familie der Coronaviren. Ein Coronavirus bei Hunden ist jedoch nicht dasselbe Virus wie SARS-CoV-2 – ergo nützt uns der Impfstoff für Hunde gegen ein Coronavirus nichts (mimikama.at 2020).
Auf sozialen Netzwerken greift der Algorithmus jedesmal, wenn Sie auf ein Posting reagieren und es z.B. teilen.

Natürlich ist auch wichtig zu schauen, **wer hat es gesagt**? Und gibt es nur eine Quelle oder berichten mehrere Kanäle aus unterschiedlichen Perspektiven über die Sache? Bei der Auswahl der Quelle ist es sinnvoll auf renommierte, bekannte Informationskanäle zurückzugreifen bzw. bei Onlineformaten im Impressum nachzulesen, wer für den Inhalt verantwortlich ist. Häufig ist die Quelle jedoch gar nicht mehr bekannt („Ich habe irgendwo gelesen, dass…") und dann hängt die Bewertung der Information nur noch von deren Inhalt und nicht mehr von der Einstellung gegenüber der Quelle ab. Dafür verantwortlich ist der Sleeper-Effekt, einem Phänomen aus der Sozialpsychologie (Kuncik & Zipfel 2005).

Was können Sie nun tun, wenn Sie einer Fake News auf die Schliche gekommen sind? **Melden Sie sie**, z.B. bei mimikama.at. Falsche Informationen nicht weiterzuverbreiten und sie zu melden ist ein durch die Internet-Community gesteuertes Mittel zur Regulierung von Medieninhalten.

Informationsseiten und Meldestellen
www.mimikama.at
www.watchlist-internet.at

Literatur:
APA-OTS (2020): Schieder: EU geht gegen Fake News vor. Verfügbar unter https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20200610_OTS0033/schieder-eu-geht-gegen-fake-news-vor (11.06.2020)
BuzzFeedVideo/YouTube (2018): You Won't Believe What Obama Says In This Video!. Verfügbar unter https://www.youtube.com/watch?v=cQ54GDm1eL0
Kuncik, M. & Zipfel, A. (2005): Medien und Gewalt – Befunde der Forschung seit 1998. Berlin: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.
Mimikama.at (2020): Impfstoff für Tiere gegen DAS Coronavirus seit 2001? – Nein!. Verfügbar unter https://www.mimikama.at/allgemein/impfstoff-coronavirus-2001/ (11.06.2020).

Sonja Messner, MA *ist Erziehungswissenschaftlerin, dipl. Erwachsenenbildnerin, zertifizierte Saferinternet.at-Trainerin und Dozentin an der Uni Salzburg Fachbereich Erziehungswissenschaft und School of Education für Medienpädagogik und Digitale Grundbildung. Sie ist Mitarbeiterin bei akzente Salzburg und leitet den Bereich „Medien & Gesellschaft".*

GEDENKSTUNDE

FÜR ROMA & SINTI

02. Oktober 2020, 11 Uhr
Am Mahnmal, Ignaz Rieder Kai 21
5020 Salzburg
(beim Spielplatz 500 m salzachaufwärts ab Volksgarten)
Eintritt frei

Der Kulturverein österreichischer Roma und das Friedensbüro Salzburg laden ein zur Gedenkstunde für Roma und Sinti 2020.

Während der nationalsozialistischen Herrschaft wurden am ehemaligen Trabrennplatz Sinti und Roma eingesperrt und von dort in das sogenannte „Zigeunerlager" Maxglan gebracht. Die meisten von ihnen wurden später in Auschwitz ermordet.

Schüler*innen der 6. Klasse des Privatgymnasiums der Herz-Jesu-Missionare mit den Lehrer*innen Mag.a Lisa Körner, Mag. Thomas Eisner und Mag. Stephan Richter begleiten die Ansprachen mit ihren persönlichen Beiträgen.

Eine Kooperation von Friedensbüro Salzburg & Kulturverein österreichischer Roma.

BEZAHLTE ANZEIGE

FriedensBüro Salzburg

SEMINAR

VIELFALT NUTZEN DURCH TRANSKULTURELLE KOMPETENZ

Einzelmodul des Lehrgangs „Bevor's kracht"
2.-3. Oktober 2020
St. Virgil Salzburg
Ernst-Grein-Straße 14, 5026 Salzburg
Kosten: 220 €

Kulturelle Unterschiede werden immer häufiger für Krisen, Konflikte und Kriege verantwortlich gemacht. Das Kennenlernen von Multi-, Inter- und Transkulturkonzepten sowie die Reflexion eigener kultureller Wertvorstellungen bilden die Basis, um transkulturelle Kompetenz in der Praxis anwenden zu können. Dabei sind folgende Fragen wesentlich: Wie wird mit kultureller Vielfalt in der Gesellschaft umgegangen? Was kann getan werden, damit Menschen mit unterschiedlichen kulturbedingten Wertvorstellungen zusammenarbeiten und –leben können? Wie kann uns dabei transkulturelle Kompetenz helfen?

Zielgruppe: Personen,
- die in ihrer beruflichen Praxis und/oder einer ehrenamtlichen Tätigkeit mit Kinder- und Jugendgruppen beschäftigt sind und ihren Umgang mit gewaltbelasteten Situationen professionalisieren möchten
– die beabsichtigen, im Bereich Gewaltprävention zu arbeiten und Grundlagenkenntnisse zu Theorien und Methoden erwerben möchten
- die in der Kinder- und Jugendarbeit mit gewaltbelasteten Situationen konfrontiert sind und ihren „Handwerkskoffer mit bewährten Übungen und Spielen erweitern wollen.

Referentin: Mag.a Dr.in Daniela Molzbichler studierte Kommunikations- u. Politikwissenschaft. Beraterin für Social-Profit Organisationen. Lehrende an der FH Salzburg. Schwerpunkte: Transkulturalität, Konfliktmanagement, Entwicklungspolitik, Diversity & Intersektionalität

SEMINAR

WIE GRUPPEN TICKEN - GRUPPENDYNAMIK VERSTEHEN

Einzelmodul des Lehrgangs „Bevor's kracht"
20.-21. November 2020
St. Virgil Salzburg
Ernst-Grein-Straße 14, 5026 Salzburg
Kosten: 220 €

Personen, die mit Gruppen arbeiten, sind mit Dynamiken konfrontiert, die häufig nicht wahr- bzw. ernst genommen werden. Im Modul beschäftigen sich die Teilnehmenden mit gruppendynamischen Phasen sowie Typen und lernen Methoden kennen, um Gruppen konstruktiv in ihrer Zielerreichung zu unterstützen. Neben theoretischen Inputs gibt es Raum und Zeit für gruppendynamische Übungen sowie Möglichkeiten, Beispiele aus der Praxis zu reflektieren.

Zielgruppe: Personen,
- die in ihrer beruflichen Praxis und/oder einer ehrenamtlichen Tätigkeit mit Kinder- und Jugendgruppen beschäftigt sind und ihren Umgang mit gewaltbelasteten Situationen professionalisieren möchten
– die beabsichtigen, im Bereich Gewaltprävention zu arbeiten und Grundlagenkenntnisse zu Theorien und Methoden erwerben möchten
- die in der Kinder- und Jugendarbeit mit gewaltbelasteten Situationen konfrontiert sind und ihren „Handwerkskoffer mit bewährten Übungen und Spielen erweitern wollen.

Referent: Markus Hopf Lebens- und Sozialberater, Theaterpädagoge, Mediator, Systemischer Strukturaufstellungsleiter. Selbständiger Trainer und Coach. Arbeitet seit mehr als 20 Jahren mit Gruppen, bietet in Kooperation mit einem privaten Bildungsinstitut eine Trainer*innen und Coachingausbildung an.

KRANICH

Kranich-Abo:
4 Ausgaben um 14 Euro

Mitgliedschaft im Friedensbüro:
Mitglied: 30 Euro
Fördermitglied: 60 Euro
StudentIn, Zivi, Wehrdiener: 18 Euro

Mit Ihrem Abo unterstützen Sie die Arbeit des Salzburger Friedensbüros.

Das Friedensbüro wird unterstützt von:
LAND SALZBURG
STADT : SALZBURG
Bundesministerium Arbeit, Familie und Jugend

Wir danken für die Unterstützung:
GEA GehenSitzenLiegen
AK SALZBURG
Salzburger SPARKASSE Was zählt, sind die Menschen.

Das Friedensbüro ist Mitglied folgender Plattformen:
Plattform gegen die Gewalt in der Familie

WIR DANKEN FÜR DIE UNTERSTÜTZUNG.

OFFENLEGUNG
lt. Mediengesetz §§25 +43, BGBl. Nr. 314/1981

Der KRANICH ist die Zeitung des Friedensbüros Salzburg und berichtet mindestens vierteljährlich über friedenspädagogische und friedenspolitische Themen, Inhalte der Friedensforschung sowie Aktivitäten des Vereins »Friedensbüro Salzburg«.

Österreichische Post AG Infomail Entgelt bezahlt.

FriedensBüro Salzburg

Impressum:
Kranich 2/20, Friedensbüro Salzburg,
Franz-Josef-Straße 3, 5020 Salzburg.

www.friedensbuero.at

LESETIPP

BILD: Löcker Verlag

Werner Wintersteiner, Cristina Beretta, Mira Miladinović Zalaznik (Hrsg. | a cura di | ur.): Manifest|o Alpe-Adria. Stimmen für eine Europa-Region des Friedens und Wohlstands | Voci per una regione europea di pace e prosperità | Glasovi za evropsko regijo miru in blagostanja. Wien: Löcker 2020. ISBN: 978-3-99098-027-9. 532 Seiten. 34,80 €.

Das Alpen-Adria Manifest, verfasst im Gedenkjahr 2018, ist ein Aktionsprogramm für eine Friedensregion Alpen-Adria. Es plädiert dafür, Erinnerungsarbeit als „Zukunftsarbeit" zu betreiben und aus der Rückschau auf das letzte Jahrhundert Lehren zu ziehen für eine grenzüberschreitende Politik der Gerechtigkeit und der Freiheit. Das Manifest mündet in ein Bündel von konkreten Aussagen und Forderungen zu Wirtschaft, Tourismus, Kultur, Bildung und Politik, die die globale Perspektive mit regionalem Denken und Handeln verbinden.

In diesem dreisprachigen Buch wird das Manifest zusammen mit 35 Kommentaren veröffentlicht, die von namhaften Intellektuellen, Künstler*innen und Persönlichkeiten aus Italien, Slowenien und Österreich verfasst wurden, darunter Claudio Magris, Drago Jancar, Anna Baar.

„Die Idee, die drei aneinander grenzenden Länder in gemeinsamen Aktivitäten zu vereinen, könnte beispielgebend sein für ein nachbarliches Europa von unten, das wir dringend brauchen." (*Bernhard Waldenfels*)

LEHRGANG

„Umgang mit Mobbing"

Hoch eskalierte Konflikte in einem Wechsel aus direktiver und non-direktiver Beratung bearbeiten

Februar 2021

Der Veranstaltungsort wird noch bekannt gegeben.

"Mobbing" ist ein Modewort geworden und läuft Gefahr, inflationär gebraucht zu werden. Mobbing bezeichnet aber auch eine krisenhafte Situation, aus der sich Betroffene ohne Unterstützung von außen kaum selbst befreien können. Es handelt sich um hoch eskalierte Konflikte, die allen Betroffenen, dem Ansehen und der Produktivität von Schulen, pädagogischen Einrichtungen und Unternehmen schaden. Der Lehrgang vermittelt Kompetenzen und Wissen im Umgang mit Mobbing und bietet den Teilnehmenden Raum, ihre Fähigkeiten, Erfahrungen und Beispiele aus ihrem beruflichen Alltag einzubringen.

Zielgruppe: Personen aus dem schulischen/pädagogischen und betrieblichen Kontext, die beruflich oder ehrenamtlich mit Gruppen arbeiten und mit hoch eskalierten Konflikten konfrontiert sind.

MODUL 1: BEGRIFFSKLÄRUNG - WAS STECKT DAHINTER?

Termin: Dienstag, 02. Februar 2021 von 14 Uhr bis 21 Uhr,
Mittwoch, 03. Februar 2021 von 9 Uhr bis 18.30 Uhr und
Donnerstag, 04. Februar 2021 von 9 Uhr bis 18.30 Uhr.
Inhalt: Definitionen | Dynamiken | Mandat zur Klärung | Gesprächsführungen

MODUL 2: MÖGLICHKEITEN UND GRENZEN DER INTERVENTION

Termin: Dienstag, 23. Februar 2021 von 14 Uhr bis 21 Uhr und
Mittwoch, 24. Februar 2021 von 9 Uhr bis 18.30 Uhr.
Inhalt: Interventionsmethoden

Trainer: Holger Specht, Pädagoge, anerkannter Mediator und Ausbilder für Mediation, Fachkraft für strukturelle Prävention sexueller Gewalt

Teilnahmegebühr: 510,00 € (Seminarteilnahme inkl. Kaffeejause)
Ermäßigung: 10% für Mitglieder des Friedensbüros, Studierende, Wehr- und Zivildiener.
Die Kostenrückerstattung durch das Land Salzburg ist für **Lehrer*innen aus dem Pflichtschulbereich** nach Vorlage eines Dienstauftrages möglich.

Anmeldung & Rückfragen:
Mag. (FH) Barbara Wick
Tel.: 0662/873931
wick@friedensbuero.at

Ein Angebot von Friedensbüro Salzburg mit Unterstützung von Plattform gegen Gewalt in der Familie und inmedio.

GESTALTUNG: Annette Rollny | fokus visuelle kommunikation